

Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien

über die Drucksache

**21/11820: Konzept für angewandte Forschung in der Agrarwirtschaft sowie
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom
27. September 2017 „Leistungskraft und Zukunftsfähigkeit der
Hamburger Agrarwirtschaft durch angewandte Forschung stärken“
– Drucksache 21/10373 –
(Senatsmitteilung)**

Vorsitz: **David Erkalp**

Schritfführung: **Dr. Joachim Seeler**

I. Vorbemerkung

Die Drucksache war dem Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien am 17. Januar 2018 auf Antrag der SPD-, der GRÜNEN Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE durch Beschluss der Bürgerschaft überwiesen worden. Dieser befasste sich in seiner Sitzung am 22. Mai 2018 abschließend mit der Drucksache.

II. Beratungsinhalt

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter stellten den Bezug der vorliegenden Drucksache zum Ersuchen der Bürgerschaft aus dem September 2017 dar und erläuterten kurz die Finanzierung der angewandten Forschung in der Agrarwirtschaft. Sie benannten weiter die Leitgedanken der Vorlage, wie die innovative Produktion, den Klimawandel, die Biodiversität, den Pflanzenschutz, die Digitalisierung, die Ressourceneffizienz sowie die Gentechnik. Sie verwiesen dazu auf die detaillierte Darstellungen in der Drucksache, die auch die seit 2014 geförderten Projekte beinhalte, um somit ein komplettes Bild der Forschungslandschaft aufzuzeigen.

Das Ziel der angewandten Forschung, die Wettbewerbsfähigkeit der agrarwirtschaftlichen Betriebe in Hamburg zu fördern und zu erhalten, hoben sie – ihre Erläuterungen abschließend – besonders hervor.

Die CDU-Abgeordneten baten den Senat, ausführlicher zu erläutern, aufgrund welcher Daten dieser seine innovativen Ansätze und Produktentwicklungen im Bereich der angewandten Forschung in der Agrarwirtschaft entwickelt habe. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass in Hamburg lediglich ein Fünftel der Flächen agrarwirtschaftlich genutzt würde, es etwa 800 Betriebe mit circa 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen gebe, und es somit besonders wichtig sei, Synergien zu erkennen und zu nutzen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter betonten, dass sie dies auch so sähen und sie daher bereits Forschungsprojekte gemeinsam mit angrenzenden Flächenländern sowie anderen Bundesländern auf den Weg gebracht hätten, auch um die Wirkungen und Auswirkungen der angewandten Forschungen besser verifizieren zu können. Sie

bestätigten außerdem, dass hierbei die Datenerhebung ein wesentlicher Faktor sei. Als Beispiel nannten sie die Thematik des Klimawandels und dessen Auswirkungen auf das Stadtgrün und die Stadtbäume. Hierzu gebe es im Rahmen eines aktuellen Forschungsprojektes eine Kooperation mit der Berliner Humboldt-Universität zu sogenannten Klimawandelbäumen, die in besonderem Maße in der Lage seien, den veränderten klimatischen Bedingungen standhalten zu können. Dabei gehe es auch darum, den möglichen virologischen Befall dieser Bäume zu untersuchen und die bei der Humboldt-Universität bereits vorhandene Datenbasis auch für städtische Gebiete aufzubauen. Ziel sei es, den Ergebnissen entsprechend, zukünftig in Zusammenarbeit mit der Behörde für Umwelt und Energie, die geeigneten Bäume an den richtigen Stellen auszubringen.

Die CDU-Abgeordneten gaben ihren Eindruck wider – und das soeben angeführte Beispiel bestärke diesen –, dass es dem Senat im Schwerpunkt mitnichten um die Forschung im Hinblick auf die Agrarwirtschaft gehe, sondern vielen anderen Themen rund um die Biodiversität den Vorzug gebe.

Sie wollten wissen, welche Forschungsvorhaben oder Projekte der Agrarwirtschaft mit Hamburger Universitäten existierten, da sie der Ansicht seien, dass die dafür bewilligten Mittel möglichst in Hamburg verbleiben oder zumindest Hamburg dienlich sein sollten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter verwiesen auf die einzelnen Bereiche ihres Agrarkonzepts. Der Ackerbau im klassischen Sinne finde kaum mehr statt, sei demzufolge nicht explicit Bestandteil der Vorlage. Sie betonten, dass das Thema Pflanzenschutz seit vielen Jahren einen Schwerpunkt in der angewandten Forschung bilde und der Landwirtschaft direkt zugutekomme, indem deren Ergebnisse über die Berater direkt in die Betriebe vor Ort gebracht würden. Sie betonten, dass dieses Angebot vielfach durch die Betriebe nachgefragt werde. Aufgrund der angestrebten Reduzierung chemischer Pflanzenschutzmittel werde dies auch zukünftig ein wesentlicher Schwerpunkt bleiben.

Die Universtätäten wählten ihre Schwerpunkte ihrer Forschungsarbeit selbst. So sei im Bereich der Forstwirtschaft beispielsweise das Thünen-Institut, das zum Teil auch in Hamburg ansässig sei, der gewählte Kooperationspartner. Der Senat orientiere sich hinsichtlich seiner Kooperationen an den jeweils Besten. So weise die Humboldt-Universität im Bereich der angesprochenen Virenforschung eine ausgezeichnete Expertise auf. Hamburg werde wie kaum eine andere Großstadt durch die Stadtbäume geprägt und diese hätten eine erhebliche Relevanz für die Stadtplanung und letztlich auch für das Lebensgefühl aller Hamburgerinnen und Hamburger.

Sie betonten, dass das Projekt der Klimawandelbäume nur eines von vielen der angewandten Forschung in der Agrarwirtschaft sei.

Die SPD-Abgeordneten erkundigten sich nach Beispielen der angewandten Forschung direkt vor Ort bei den Produktionsfirmen, denn auch dort leide man unter den klimatischen Veränderungen. Gerade in den letzten Wochen seien Teile Bergedorfs durch starke Regenfälle überflutet worden, mittlerweile litten die Bauern in den Vier- und Marschlanden wiederum unter der dort herrschenden Trockenheit.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten aus, dass die Schädlingsbekämpfung auch für die Erzeuger im Bereich des Obst- und Gemüse- aber auch des Zierpflanzenanbaus ein großes Thema sei, zu dem ein Forschungsprojekt zum Nützlingseinsatz durchgeführt worden sei. Als es zum Beispiel in der Folge ein starkes Auftreten des Kalifornischen Blütenthrips gegeben habe, dessen Befall dazu führen könne, dass die gesamte Ware ihre Handelsfähigkeit einbüße, hätten die Beraterinnen und Berater des Pflanzenschutzdienstes vor Ort den Einsatz entsprechender Nützlinge empfehlen können, diesen zu bekämpfen. Ein weiteres Projekt sei die Verbesserung der Technik des Ausbringens chemischer Schädlingsbekämpfungsmittel, um somit den Einsatz dieser in den Betrieben weiter reduzieren zu können.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE führten aus, ihnen sei bei der Lektüre der Drucksache nicht ersichtlich geworden, auf welche Weise die Zukunftsfähigkeit der Agrarbetriebe in Hamburg nachhaltig sichergestellt werden solle, da dazu an keiner Stelle konkrete Ausführungen zu finden seien. Insbesondere zu den sich verschärfen-

den Bedingungen der Marktorientierung, die sich für die Hamburger Agrarwirtschaft aufgrund des geringen Flächenangebots noch deutlicher bemerkbar machen würden, bliebe der Senat konkrete oder gar innovative und kreative Ideen schuldig.

Zum Bereich Fischerei fragten sie nach der Struktur der Fischereibetriebe in Hamburg. Weiter gebe es zwei Projekte, in denen es um Wildtiere gehe, was sie in Erstaunen versetzt habe. Sie fragten, wie und aus welchen Gründen diese aufgelegt worden seien.

Abschließend fragten sie, wie es vor dem Hintergrund von Ökologie und Pflanzenschutz zu einer zunehmenden Anzahl von Ausnahmegenehmigungen hinsichtlich der Verwendung von Glyphosat kommen könne.

In Hamburg, so die Senatsvertreterinnen und -vertreter dürfe Glyphosat auf Nicht-Kulturland nicht ausgebracht werden. Die Ausbringung auf Kulturland entspreche den bundesweit geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen und in diesem Kontext werde über eingehende Anträge entschieden.

Die Stadt Hamburg verfüge als Stadtstaat über keine großen landwirtschaftlichen Nutzflächen, stimmten die Senatsvertreterinnen und -vertreter zu, gleichwohl gebe es in einer bemerkenswerten Ausprägung zusammenhängende Flächen für Obst- und Gemüseanbau, außerdem Forst- und Fischereibetriebe sowie städtische Forstwirtschaft. Für dieses Portfolio sei es wichtig, mithilfe der angewandten Forschung Beispiele zu geben und die praktische Umsetzung zu begleiten, um so zukunftsweisende Veränderungen, Stichwort Glyphosat, bewirken zu können. Das bedeute nicht, dass diese thematisch und deutschlandweit einzigartig seien, aber Hamburg sei in einigen Bereichen beispielsweise beim Pflanzenschutz – wie bereits ausgeführt – auf diese Weise hochgradig innovativ tätig.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter betonten außerdem, die angewandte Forschung müsse alle Bereiche der landwirtschaftlichen Erzeugung miteinbinden, so auch die Fischerei-, die Forst- und Jagdwirtschaft.

Betriebe, die sich in Hamburg mit der Fischerei beschäftigten, existierten kaum, allerdings gebe es 100.000 bis 120.000 Hobbyangler in Hamburg. Es gingen aus ganz Europa Anträge für Auslandsfischereischeine ein, Hamburg könne somit als europäischer „Angel-Hotspot“ bezeichnet werden. Daher habe es zum Beispiel das Projekt der Bonitierung einiger Gewässer im Stadtgebiet gegeben, das für die Freizeitfischerei ein wesentliches Thema darstelle.

Das Aufkommen an Wildtieren sei in Hamburg nicht annähernd vergleichbar mit dem in den Flächenländern. Trotzdem gebe es einige Problemlagen im Hinblick auf Seuchen, die Hamburg in gleicher Weise betreffen. Die für Tierseuchen zuständige staatliche Stelle sei in Hamburg die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV), die auch die Forschungsprojekte entwickle und die entsprechenden Vorgaben mache; die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) leiste dabei Unterstützungsarbeit.

Die CDU-Abgeordneten stellten dar, dass sich nach diesen Aussagen des Senats ihr Eindruck verstärkt habe, dieser wolle mit der vorliegenden Drucksache nicht die Agrarwirtschaft am Standort fördern, sondern lediglich Erkenntnisse erzielen, die dann die Agrarwirtschaft unterstützen sollten. Sie fragten, ob sie dies so richtig verstanden hätten.

Weiter wollten sie wissen, ob mit dieser breit aufgestellten Drucksache auch beabsichtigt sei, eine agrarwissenschaftliche Expertise am Standort Hamburg aufzubauen, um die hiesigen Universitäten mit den entsprechenden Forschungsprojekten betrauen zu können.

Die Zielrichtung des Senats sei in der Drucksache dargelegt, erwiderten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, und mithilfe der beschriebenen Forschungsprojekte solle das agrarpolitische Konzept umgesetzt werden. Dieses beinhalte die Unterstützung der Hamburger Betriebe, die Absicherung der Produktion sowie die Stärkung der Kompetenzen in den Betrieben und in der Verwaltung, die auch durch konkrete Begleitung und Beratung vor Ort geschehen solle.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE sprachen die Ausführungen in der Drucksache zum Thema Klimawandel an. Dort sei die Rede davon, dass diese Thematik ressortübergreifend bearbeitet werden müsse, zur weiteren Ausgestaltung würden allerdings keine Angaben gemacht. Sie baten den Senat um entsprechende Ausführungen, insbesondere zu den zeitlichen Abläufen, den zu beteiligenden Stellen und Behörden sowie zur Finanzierung. Hier interessierte sie, ob gegebenenfalls Bundesmittel für Forschungsvorhaben akquiriert werden würden.

Hinsichtlich der Finanzierung wollten sie außerdem wissen, zulasten welchen Bereiches die Umschichtung innerhalb der Produktgruppe 271.03 durchgeführt werden würde.

Der Projektauftrag zu den Klimawandelbäumen sei in der letzten Woche durch die BWVI erteilt worden, berichteten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, sodass die praktische Umsetzung in den nächsten Wochen erfolgen könne. Beteiligt seien dabei die Humboldt Universität, die Behörde für Umwelt und Energie sowie die Bezirke.

Für alle Bereiche, für die dies möglich sei, versicherten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, würden Bundesmittel akquiriert und eingesetzt.

Die Umschichtung innerhalb der genannten Produktgruppe sei möglich, da eine Standortförderung in Höhe von rund 100.000 Euro für das Thünen-Institut für Fischereiökologie, das in großen Teilen in diesem Jahr und in 2019 vollständig nach Bremerhaven umsiedeln werde, wegfielen, und somit diese Mittel für die Finanzierung der angewandten Forschung in der Agrarwirtschaft genutzt werden könnten.

III. Ausschussempfehlung

Der Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien empfiehlt der Bürgerschaft, von der Drs. 21/11820 und seinen Beratungen Kenntnis zu nehmen.

Dr. Joachim Seeler, Berichterstattung